Der Deutsche Correspondent.

Baltimore, 20. Februar 1874.

Verhandlungen der Staatsgesetzgebung.

Annapolis, den 13. Februar.

Senat.

Der Senat trat heute Morgen um 11 Uhr in Sitzung und folgende Petitionen und Denkschriften 2c. wurden eingereicht: Von dem „Hause zum guten Hirten" um Unterstützung; von Bürgern aus Wicomico Co. um ein Gesetz zum Schutze der Schafzucht zur Besteuerung der Hunde; von Elisah. Mitchell um eine Pension; von Bürgern aus Talbot Co. in Betreff des Netzlegens von Seiten der Nichtteinwohner.

Gesetzvorschläge.

Hr. Walsh, die Incorporationsakte des „Md. Agricultur-College" zu amendiren.—Hr. Stevens, Supplement zu der Akte von 1812, pag 159, welche die „Universität von Maryland" begründet und die Curatoren ermächtigt, einen Theil des Eigenthums zu veräußern, um für den Erlös ein Hospital zu errichten.—Hr. Stevens, den Abschn. 231, Art. 93, des Staatsgesetzes über Waisengerichte zu amendiren.—Hr. Brattan, das Staatsgesetz Art. 10, Abschn. 27, über den Verkauf von in Beschlag genommenem Eigenthum zu amendiren. — Hr. Lloyd, feuersichre Gewölbe im Gerichtshause zu Easton, Talbot-Co., zu errichten.—Hr. Field, Kap. 233 des Gesetzes von 1870 über Publikation von County-Ausgaben zu amendiren.

Verfügungen.

Auf Antrag des Hrn. Walsh wurde das Justiz Comite angewiesen, Beförderungsmittel für das Comite zum Besuche der Irren-Anstalt in Spring-Grove zu beschaffen.

Comite-Berichte.

Folgende Bills wurden von den Comite's günstig einberichtet und zum ersten Male verlesen: Das Staatsgesetz Art. 49, Abschn. 2, über Rechtsklagen 2c., zu amendiren; die Stadt Sharptown in Wicomico-Co. zu incorporiren; die Rebhühner in Anne Arundel-County zu schützen; die dem römisch-kath. Erzbischof von Baltimore zugestandenen Gewalten zu erweitern; den Freibrief der „Baltimore Drum-Point-Bahn" zu amendiren; die Testamentsgesetze zu amendiren; das Gesetz über Appellationen zu amendiren; das Vermächtniß der Rebekka Zimmermann für die luth. Kirche in Frederick zu legalisiren; das Feuer- und Polizeiboot für den Baltimorer-Hafen zu bauen und zu equipiren; die Einwanderung von England, Schottland und anderen europäischen Ländern zu ermuthigen; dieselbe wurde zum Druck beordert.—Ferner: die „Manufaktur-Comp. von New-Market" zu incorporiren. Hr. Earle vom Finanz-Comite berichtete günstig über den gemeinschaftlichen Beschluß, den Controleur anzuweisen, den Versicherungsgesellschaften Pennsylvanien's, welche im Staate Maryland Geschäfte machen, die von denselben seit 1. Mai 1873 eingezahlten Beiträge gutzuschreiben.

Hr. Blake von dem gemeinschaftlichen Comite, welches angewiesen war, den Zustand des Besserungshauses für jugendliche Taugenichtse und den des Staatszuchthauses zu untersuchen, erstattete günstigen Bericht über die Disziplin und Verwaltung der beiden Institute; für das Erstere wird eine Bewilligung von $15,000 und für das Zuchthaus die übliche Bewilligung von $8000 empfohlen, sowie die vom Wardein und den Direktoren verlangte Extra-Bewilligung.

Die Baltimorer Stadt-Eisenbahn.

Hr. Blake unterbreitete ferner folgenden Bericht im Namen eines Spezial-Comite's:

Die in der Denkschrift der „Balto. Stadt-Eisenbahn-Comp." dargelegten Thatsachen und Angaben wurden im Wesentlichen correkt befunden. Die Bücher der Compagnie und die des Registrators der Stadt Baltimore zeigen, daß seit dem 1. Juni 1862, als die alte Compagnie die Bahn der gegenwärtigen Organisation überwies, bis zum 1. Januar 1874 die Stadt Baltimore von der Compagnie, inclusive der am 1. Febr. fälligen Summe von $75,000, den enormen Betrag von $1,089,896.23 als „Parksteuer" erhalten hat. Das Comite findet, daß infolge dieser höchst drückenden Steuer und der schweren Ausgaben für Straßenreparaturen, einer Conzession, einer weiteren Steuer auf jeden Waggon die Compagnie während der letzten Jahre gezwungen war, die Dividendenzahlung fast ganz einzustellen, und daß die Dividende nur im Durchschnitt 4½ Proz. jährlich ergeben hat. Daß aus den Einnahmen Brunde die Schienen und das Betriebsmaterial der Bahn nicht gehörig in Ordnung gehalten werden konnten und jetzt so heruntergekommen sind, daß eine gänzliche Erneuerung derselben geboten scheint. Daß ohne Fonds und mit einer schweren Schuld überbürdet, die Compagnie nicht im Stande ist, den Anforderungen zu entsprechen, es sei denn, daß die Fahrgelder erhöht werden, oder daß man die Parksteuer reduzirt.

Das Comite hat sich überzeugt, daß keine auswärtige Compagnie in den Ver. Staaten gehalten ist, Passagiere zu einer so billigen Netto-Rate zu befördern, als die Baltimorer Stadtbahngesellschaften. Die verschiedenen Steuern, Transferirscheine etc. reduziren den Fahrpreis thatsächlich auf 4½ Cts.

Wir glauben, daß nirgends in der Welt ein so billiger Transport durch die Stadt gefunden wird (?) und wir sind überzeugt, daß die Bahn dabei nicht bestehen kann.

Das Comite empfiehlt nicht die Erhöhung der Fahrpreise, sondern eine Reduktion der Parksteuer auf 4 Ct. pr. Passagier.

Der Bericht wurde zum Druck beordert.

Die Bücherbill

wurde bis Donnerstag über 8 Tage zurückgelegt.

Die Polizei-Bill

des Senats zur Amendirung des Polizeigesetzes für Baltimore wurde dahin amendirt, daß wegen Trichinosis Verdächtige nach einem Stallgebäude gebracht werden können, wie Leute, die man wegen Ordnungswidrigkeit festnimmt. Die Strafe der Polizei-Richter setzte man auf $1500 fest, worauf die Bill die zweite Lesung erhielt.

Angenommene Bill.

Das Gebiet direkter Steuern in Baltimore zu erweitern.

Das Baltimorer Säkular-Comite

erhielt den Sitzungssaal für Mittwoch Abend für eine Versammlung zugesagt.

Vertagung.

Die Sitzung wurde bis Montag Mittag vertagt.

Unterhaus.

In der heutigen Sitzung wurden folgende Petitionen und Denkschriften eingereicht: Von Hrn. Riley um ein allgemeines Falkengesetz; von Hrn. Groh um eine Verwilligung für das St. Josephs-Hospital; von C. W. Lord u. A. um ein allgemeines Vieh-Gesetz; von G. S. Wilson u. A. um ein „Local-Option" Gesetz; von G. W. Hunt u. A. gegen das Beschlagnahme-Gesetz; von H. Tapsey, Jr., Caster u. A. um Ausdehnung der Stadtgrenzen von Baltimore; von A. W. Matthews, Robert Poole, W. B. Gambrill u. A. jr. gegen die Ausdehnung der Stadtgrenzen von Baltimore; von Ellen Debraw um eine Pension.

Gesetzvorschläge.

Hr. Staylor brachte eine Bill ein, Abschn. 827 Kap. 473 der Akte von 1870 des Lokalgesetzes von Baltimore über Polizeiwesen aufzuheben; Hr. Wier brachte eine Bill ein, welche verfügt, eine Commission zu ernennen, um die Angelegenheiten der Schul-Behörde von Allegany-County zu untersuchen; Hr. Lee, eine Bill, dem Gesetz über „Verbrechen und Bestrafung" einen weiteren Abschnitt hinzuzufügen.

Dem Senate wurde der Vorschlag gemacht, ein gemeinschaftliches Pensions-Comite zu ernennen.

Comite-Berichte.

Das Ackerbau-Comite berichtete ungünstig über das allgemeine Viehgesetz. Hr. Merryman, der Vorsitzer des Comites, sagte, dasselbe sei Willens, Lokalgesetze zu empfehlen, könne aber einem allgemeinen Gesetze seine Zustimmung nicht geben. Der Bericht wurde angenommen. Das Corporations-Comite berichtete günstig über die Incorporationsakte von Bladensburg.

Das Justiz Comite berichtete günstig über die Haus-Bill, welche die Vertheidigung gewisser Staatsbeamten vor den Bundesgerichten vorschreibt.

Hr. Freaner forderte Verlesung der Liste, wobei man fand, daß kein Quorum anwesend war; der Sergeant-at-Arms wurde deshalb ausgeschickt, und die abwesenden Herren herbeizuholen.

Ein Wasserdichter.

Während dieser Zwischenpause forderte Major Stewart Hrn. Valliant auf, ein Originalgedicht zur Verherrlichung der „Local-Option" vorzutragen; dasselbe rief unter den Mitgliedern große Heiterkeit hervor. Ein Antrag wurde gestellt, 10,000 Copien dieses poetischen Opus zu drucken, worauf Hr. Fletchall beantragte, diesen Antrag an das Comite für Chesapeake-Bai und Nebenflüsse zu verweisen. Hr. Harig meinte, das Comite für innere Verbesserungen sei die geeignete Behörde, der Sprecher erklärte jedoch diesen Einwand als außer Ordnung.

Weitere Comite-Berichte.

Das Justiz-Comite berichtete günstig über die Haus-Bill, das Urtheilsverbot betreffend, Art. 64, Abschn. 12 zu amendiren; ferner das Vermächtniß der Susan Welty an die Baptistenkirche zu beglaubigen; ebenso über die Senats-Bill, Hinrichtungen der Oeffentlichkeit zu entziehen. Das Comite für Mittel und Wege berichtete günstig über Besteuerung der National-Bank-Aktien, ungünstig über die Bill, die Besteuerung der Kohlenbergwerks-Compagnie'n des Staates zu reguliren. Das Justiz-Comite berichtete günstig über die Senats-Bill, den Hochverrath und andere Vergehen zu bestrafen.

Die Vertheidigung der Registratoren.

Hr. Freaner erneuerte seinen Antrag, die Regeln zu suspendiren, damit die Bill zur Vertheidigung gewisser Staatsbeamten angenommen werden könne; das Haus stimmte ein und die Bill wurde verlesen. Dieselbe weicht von der, welche Gouverneur White mit dem Veto belegte, wesentlich ab; im Ganzen dürfen die Kosten der Vertheidigung $10,000 nicht überlaufen.

Hr. Hawkins beantragte, die Bill so zu amendiren, daß $3000 anstatt $10,000 verwilligt würden; verworfen. Die Bill wurde sodann zur dritten Lesung beordert.

Die Tagesordnung.

Die Baltimorer Polizei-Bill wurde angenommen und zum dritten Male verlesen, worauf sie mit 61 gegen 1 Stimme angenommen ward.

Die Bill, welche den Mayor und Stadtrath von Baltimore ermächtigt, die Bonds der „Frederick- und Pennsylvania-Linie-Eisenbahn" zu indossiren, wurde günstig berichtet und an das Justiz-Comite berichtet.

Auf Brace's Antrag wurde nachträglich die Bill zur Besteuerung der Kohlenminen für den ungünstigen Bericht substituirt.

Ungünstige Berichte.

Vom Justiz-Comite über die Haus-Bill, die Verfügungen des Bankerottgesetzes in Allegany-County außer Kraft zu setzen; ferner über die Bill, dem 27. Art. des Generalgesetzes über Kosten einen weiteren Abschnitt hinzuzufügen; ferner über die Bill, den 19. Abschn. des Gesetzes über Gerichte und Erkenntnisse zu widerrufen, wodurch die Vollstreckung des Spruches gegen den Beklagten bis zum nächsten Termin verzögert wird. Der Widerruf dieses Abschnittes würde zur Folge gehabt haben, daß ein richterliches Erkenntniß hätte sofort vollstreckt werden können. Der ungünstige Bericht wurde nach längerer hitziger Debatte angenommen.

Günstig berichtete schließlich das Injektions-Comite noch über die Staats-Bill, welche die Tabacks-Inspektion regulirt.

Das Beschlagnahme-Gesetz.

Die Bill des Hrn. Fenton, das Beschlagnahme-Gesetz umzugestalten, wurde sodann wieder aufgenommen.

Hr. Stewart von Baltimore erhielt das Wort und argumentirte zu Gunsten der Bill. Er sagte: „Im Allgemeinen befürworte ich die Maxime, auf der Stelle zu bezahlen, doch es gibt Zeiten, in welchen die Umstände gebieten, Ausnahmen von der Regel zu machen und wenn ich mir nachginge, würden alle Beschlagnahme-Gesetze abgeschafft. In der gelinden Form aber dürfte man es nur zwei Mitglieder, welche die Bill befürworteten, und diese zwei vertreten speziell Arbeiter-Distrikte und diese Thatsache würde — selbst wenn ich nicht davon überzeugt wäre, wie ich thatsächlich überzeugt bin, daß die Bill eine Wohlthat für die Armen sein wird — mein Urtheil beeinflussen."

Hr. Stewart ließ das bestehende Beschlagnahmegesetz ausführlich Revue passiren und argumentirte dann, daß die Löhne in den Händen gewöhnlicher Arbeiter eben so wohl von der Beschlagnahme ausgenommen sein sollten, als die der Staats- und County-Beamten; besonders scharf kritisirte er den Abschnitt des bestehenden Gesetzes, welcher die Erlassung eines Beschlagnahmebefehls auf Grund zweier von est Berichte verfügt. Dieser Abschnitt mache den Staat Maryland zu einer römischen Trödelbude. Das Gesetz von 1854 habe den Anschein von Billigkeit, wenn man die Verfügungen über Beschlagnahmen und Ausnahmefälle in Betracht ziehe; doch seitdem habe man den schmählichsten und drückendsten Unterschied gemacht zum Nachtheile des armen Mannes, denn weil von dessen Lohne nur $10 ausgenommen seien, habe der Eigenthumsbesitzer $100 frei. „Ich frage nicht darnach, fuhr der Redner fort, ob die Arbeiter das Gesetz wollen, oder nicht, ich beabsichtige, dasselbe nach Kräften zu unterstützen, denn es ist meiner Ansicht nach nicht mehr als recht, daß der Arme wenigstens in dieser Beziehung mit den Reichen auf gleichem Fuß gestellt werde. Ich habe keine besondere Vorliebe für den Reichen und bin frei von der krankhaften Sentimentalität gegen den Armen; mir ist der Mensch gleich, ob seine Taschen mit ererbtem Gelde gefüllt sind, oder ob er im Schweiße seines Angesichts sein Brod ißt, und auf den harten Dielen schläft, er ist mir gleich und da dieses beabsichtigte Gesetz versucht, den bisher gemachten Unterschied zwischen Arm und Reich aufzuheben, so hoffe ich, daß es Gültigkeit erlangt."

Hr. Hawkins befürwortete die Bill ebenfalls um der Gerechtigkeit Willen; er sagte, es sei nur eine weitere Vorwärtsbewegung, um aus unserem Staats-Codex ein entwürdigendes Gesetz hinwegzufegen. Dieselben Shylocke, welche damals, als man die Abschaffung der Schuldhaft beantragte, laut darüber heulten, versuchten heute wieder diesen neuen Versuch zum Besseren niederzuschreien. Der Arme sei wohl berechtigt auszurufen: „Schützt mich vor solchen Freunden!" Der Redner nahm dann Bezug auf die gestrigen Bemerkungen des Hrn. Keech, welcher seine Opposition gegen das Gesetz mit Bibelstellen belegte, und forderte denselben auf, zu zeigen, in welchem Buche der Bibel es verboten sei, $100 Arbeitslohn eines armen Mannes von der Beschlagnahme zu befreien. (Gelächter.)

Hr. Freaner sagte, das Justiz-Comite habe die Bill allseitig erwogen und nur ein Mitglied des Comite's habe gegen den günstigen Bericht gestimmt. Die Frage habe zwei Seiten. Nicht eine einzige Petition sei ihm zugeschickt worden, bis es augenscheinlich geworden, daß die Stimmung des Hauses gegen die Bill sei, dann habe er eine Petition erhalten. Nur eine, aber das sei kein Argument, das beweise nicht, daß die Arbeiterbevölkerung die Bill wünsche. Dieselbe habe die Tendenz die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz zu stören. Redner widerlegte das Argument des Hrn. Stewart und rechnete, daß das gegenwärtige Gesetz $200 des Armen ausnehme, nemlich $100 Eigenthum und $100 am Arbeitslohn.

Hr. Fenton bemerkte, im Allgemeinen besitze kein Arbeiter für $100 pfändbares Eigenthum. Hr. Brace wiederholte dieses.

Das Säkularfeier-Comite

von Baltimore suchte darum nach, daß eine Versammlung im Kapitol anberaumt werde, um die Säkularfeier zu agitiren. Die Halle des Hauses am Mittwoch Abend wurde zur Verfügung gestellt.

Annapolis, den 16. Februar.

Senat.

Petitionen und Denkschriften

überreichten: Hr. Brattan von Robert W. Cleiss und 57 anderen Bürgern von Somer-County zum Schutze der Fische und Austern im Flusse Pocomoke; Hr. Spencer zwei von Kent-County um Errichtung einer Werfte nebst Depot für den Engros-Verkauf von Gartenbau-Erzeugnissen; Hr. Getty von 267 registrirten Stimmgebern von Garrett-County um Volksabstimmung über die Lockirung des Gerichtssitzes für das County; Hr. Lloyd von Bürgern von Talbot-County Betreffs der Errichtung von feuersichen Gewölben für die Amtslokale des Attuars und Registrators von Talbot-County; Hr. Blake von 1128 männlichen weißen Stimmgebern von Baltimore und Umgegend um Volksabstimmung in Wards und Wahlbezirken über den Spiritusofen-Ausschank; Ebenderselbe von 1027 Damen aus Baltimore und Umgegend um dieselbe Maßregel; Ebenderselbe von Elisabeth Orem und 53 anderen um dasselbe; Ebenderselbe von Wm. H. Little und 18 Anderen um dasselbe; Ebenderselbe von 110 Firmen der Stadt Baltimore um ein Conzessions- und Steuergesetz für nach Proben, Mustern und Karten Verkaufende. Ebenderselbe von der „Bürger-Pferdebahn-Gesellschaft" in Baltimore um Entheilung von der Parksteuer; Hr. Carle von Samuel J. Carle, R. C. Tilghman und 29 anderen Bürgern von Kent Co., welche gegen den Erlaß eines Gesetzes, welches den Verkauf von nach Baltimore zu verschickendem Obst u. s. w. nach dem Gewichte vorschreibt, protestiren; ferner von mehreren in anderen Staaten incorporirten, in Maryland Gesellschaft thuenden Lebensversicherungs-Gesellschaften Betreffs ihrer Conzession und Steuer; Hr. Aydelotte von 167 Bürgern von Worcester um ein Local Option-Gesetz; Hr. Stevens von einem Comite der Baltimorer Quäker um Ermächtigung zum Verkaufe der Verpachten gewissen Quäker-Grundbesitzes in der Stadt Baltimore; Hr. Tuck von Georg W. Tiffany und andere Bürgern von Prince George's County bezüglich der Wahl des County-Kassirers.

Eingebrachte Gesetzvorschläge.

Hr. Stevens: das Gesetz über die amtliche Registrirung von Geburten, Heirathen und Todesfällen zu amendiren; ditto das Gesetz zur Incorporirung der Vorsteher des Erziehungsfonds der Baltimorer Jahres-Conferenz; den Verkauf oder die Verpachtung von Grundbesitz der Quäker in Ost-Baltimore zu autorisiren; Hr. McCullough; die Ermächtigung zum Bane einer Wasserleitung zu Frostburg in Alleghany-County zu ertheilen; Hr. Blake: die Zulassung von Minderjährigen in Theatern und Unterhaltungs-Lokalen zu regeln; Hr. Brattan: den Fischfang im Pocomoke zu verpönen; den Sekretär der Commissäre von Somerset-County zur Eidabnahme in gewissen Fällen zu ermächtigen; Hr. Fields: die „Feraldsburger Gottesacker-Gesellschaft" zu incorporiren; Hr. Getty: den Gouverneur zur Ernennung von Registrir-Beamten in Garrett-County zu ermächtigen; Hr. Brewer: Gerichts-Attuaren die Berrichtung ihrer Pflichten durch Hülfs Attuare zu gestatten.

Die Baltimorer Pferdebahn.

Hr. Stevens unterbreitete Folgendes: „Es wird verfügt, daß die Denkschrift der „Baltimorer Stadtpferdebahn-Compagnie" und der Bericht des ausgewählten Comite's darüber, sowie die Denkschrift der „Baltimore-Pabody-Höhen-Waverlyer Pferdebahn-Gesellschaft" und alle etwa noch einzugehenden Denkschriften und Bills bezüglich einer Aenderung der Abschaffung der an die Stadt Baltimore zu bezahlenden Parksteuer einem aus den Baltimorer Senatoren unter Hrn. Denson's Vorsitze bestehenden ausgewählten Comite überwiesen werden.

Hr. Blake wünschte nähere Erläuterung dieser Verfügung; das ausgewählte Comite, dessen Vorsitzer er gewesen, habe über die Denkschrift der „Baltimorer Stadtpferdebahn-Gesellschaft" seinen Bericht unterbreitet.

Hr. Stevens erwiderte, der betreffende Bericht sei im Voraus aufgesetzt und die Eingebung des Präsidenten einer der Bahngesellschaften der ihn gleich von Baltimore mitgebracht gewesen; derselbe oder einer seiner Agenten habe ihn geschrieben und dem Comite zugestellt und dieses den Bericht angenommen. Es sei dies eine rein örtliche, nur Baltimore angehende Angelegenheit, und doch habe man weder ihn (Stevens), noch Oberst Denson dabei zu Rathe gezogen. Der Redner resümirte dann die Geschichte der Entstehung des Freibriefes der „Stadtpferdebahn," der Bewerbung um denselben und der Parksteuer, las die darauf bezügliche Stadtverordnung von dem Jahre 1860 vor und bezweifelte die Verfassungsmäßigkeit jedoch durch Abschaffung oder Verminderung der Parksteuer die Einlösung der städtischen Parkobligationen gefährdenden Gesetzerlasse; die Park-Commissäre seien bankerott und können jetzt, weil die Bahnen die der Stadt schuldigen Steuern nicht entrichten, ihre Arbeiter nicht bezahlen.

Nun kommen die Bahncomp. her u. verlangen von der Gesetzgebung, ihre Aktien, die nur 44 Prozent getragen, zu 25-prozentigen Stock zu machen; der Senat sollte Privatkörperschaften von Steuern befreien und dafür dem Volke Steuern aufhalsen, während Verschwendung und schlechte Verwaltung die Compagnie in ihre jetzige Klemme gebracht.

Hrn. Blake's Antrag auf Aufschub der Angelegenheit bis morgen wurde von Hrn. Stevens bekämpft; er sei entschlossen, auf baldige Erledigung zu dringen.

Der Redner las ein Schreiben des Achtb. J. H. B. Latrobe vor, der sich gegen die Verminderung der Parksteuer auf ½ Cent pro Passagier ausspricht, und schilderte die Segnungen, die Baltimore den Parks verdankt.

Trotz aller Gegenreden des Hrn. Stevens drang der Blake'sche Antrag, die Sache bis morgen Mittag zurückzuziehen, durch.

Zur zweiten Lesung gelangten

die Bills: Thomas Syers' Vermächtniß für die St. Patricks-Kirche in Cumberland zu bestätigen; Rebecka Zimmermann's Legat für die evangelisch-lutherische Kirche in Frederick-County zu incorporiren; die Vorsteher des „Johns Hopkins-Spitals" zum Ankaufe und Besitze von Land in Baltimore-County und zum Errichten von Gebäuden darauf zu ermächtigen; das Baltimorer Polizei-Gesetz dahin zu amendiren, daß ein Ober-Gesundheitspolizist ernannt wird.

Unterhaus.

Folgende Petitionen und Denkschriften wurden heute vorgelegt: Der Ehrw. Pennel Coomb war auf dem Flur des Hauses und übergab Petitionen aus fast allen Counties des Staates um ein allgemeines „Local Option"-Gesetz. Ferner wurden Petitionen eingereicht: Von den Barbiersstuben-Besitzern Baltimore's, ein Protest gegen das vorgeschlagene Gesetz, die Barbierstuben am Sonntag zu schließen; es wird verlangt, daß man wenigstens das Offenhalten bis 10 Uhr Vorm. erlaube, damit diejenigen Kunden bedient werden können, welche am Samstag Abend keine Zeit haben. Die Senatoren Jones, Waters und Aydelotte reichten eine Petition ein, um den Rest ihrer Gebühren als Grenz-Commissäre. Von M. T. Jeah u. A. aus Baltimore-County, Petition um ein allgemeines Schlachtvieh-Gesetz; von Wm. Conly u. A. um die Widerrufung des Beschlagnahmegesetzes; von Bürgern aus Dorchester-County gegen Abänderung der Gesetze über wilde Vögel; von H. Caster & Co. u. A. gegen die Aufhebung des Beschlagnahmegesetzes; Hr. Wier reichte eine ähnliche Petition ein; Hr. Amon übergab eine Petition, die Verkäufer auf Proben zu besteuern; Hr. Keech, Petition um Annahme des Gesetzes zum Schutze der Milch-Produzenten.

Verfügungen.

Ein Antrag des Hrn. Latchford, daß keinem Mitgliede erlaubt werde, länger als 15 Minuten zu sprechen, wurde verworfen. Hr. Brace beantragte einen Beschluß, zu untersuchen, wie es komme, daß die Ausgaben des Controleursamtes für Dienstkosten 2c. im Jahre 1866 nur $6000 und im Jahre 1873 $12,700 betragen haben; auf den Tisch gelegt. Der Antrag des Herrn Waters, eine Abensitzung abzuhalten, wurde verworfen.

Gesetzentwürfe.

Hr. McWilliams, die „Pawnbrokers Bank von Baltimore" zu incorporiren; Hr. Banderford, das Schriftsgesetz von Carroll-County umzugestalten.

Zum zweiten Male verlesen.

Die Haus-Bill, über Ausgleichung der Rechnung des Staats-Wägemeisters i. Hhas. E. Maguire; die Haus-Bill in Betreff der Hagazdpiel-Gesetze; Spielhäusern zu bestrafen sind; die Hausbill über direkte Besteuerung in Baltimore; ferner die Hausbill, die Akte von 1872, Cap. 234, in Betreff der Besteuerung der Brutto-Einnahmen von Bahn-Comp. abzuändern und zu amendiren; die Hausbill, die verschiedenen Bahn-Compagnie'n im Staate zu besteuern; ferner die Hausbill, die Besteuerung der Kohlen Compagnie'n abzuändern. Hr. Brace beantragte, die Tonne Kohlen künftig mit 4 Cent, anstatt, wie bisher, mit 2 Cts. zu besteuern.

Hr. Watkins, vom Comite für Mittel und Wege, opponirte diesem Antrag; Hr. Parl befürwortete denselben und erklärte die 2 Cts. Steuer für verfassungswidrig und ungerecht. Hr. Seth beantragte 1 Ct., Hr. Brace befürwortete jedoch seinen Antrag. Alle Anträge wurden niedergestimmt und die Bill zur dritten Lesung beordert.

Die Bill, welche die Besteuerung der Brutto-Einnahmen von Eisenbahnen verfügt, wurde auf Verlangen des Comite's für Mittel und Wege abermals aufgenommen und so amendirt, daß Brücken über schiffbare Ströme als ein Theil der Eisenbahn ausgenommen werden.

Der Senat schickte die Hausbill über die Grenzen der direkten Besteuerung in der Stadt Baltimore zurück mit einem Amendement, welches angenommen wurde.

Der Gouverneur zeigte in einer Botschaft an, daß er mehrere Bills unterzeichnet habe, darunter die über das Wechselprotest-Recht nach gesetzlichen Feiertagen.

Ferner wurden zum zweiten Male verlesen: die Bill, dem G. Hanson gewisse Gelder zurückzustatten; den Wm. H. Collins für die im Staats-Tabacks-Magazin gelesteten Dienste zu bezahlen; die Bill, den Verkauf von reservirten Sitzen in Theatern zu reguliren; den Freibrief von Laurel abzuändern; den Verkauf von Spirituosen im Umkreise von 2½ Meilen des Brookhill Bethauses, Frederick-County, zu verbieten; ferner, den Verkauf von Schnaps 3 Meilen im Umkreise von Hansonville zu verbieten.

Angenommen

wurden folgende Bills: Ein Gerichtshaus nebst Gefängniß in Wicomico-County zu erbauen; den Barbieren zu verbieten, ihre Barbierstuben am Sonntag offen zu halten; diese Bill wurde mit 43 gegen 4 Stimmen angenommen; dagegen stimmten die HH. Groh, C. R. Hamilton, T. R. Hamilton und Wier. Die Insekten vertilgenden Vögel in Wicomico-County zu schützen; Garrett-Co. in den 4. Justizbezirk des Staates zurückzuschieben; die Akte von 1870, Cap. 434, welche die Jurisdiktion der Friedensrichter erweitert, aufzuheben, so weit es die Friedensrichter von Kent-County betrifft.

Das Haus vertagte sich.

Annapolis, den 17. Februar.

Senat.

Eingebrachte Gesetzvorschläge.

Hr. Phelps: das Ortsgesetz für Dorchester-County über Fische zu ändern; Hr. Stevens: die „Staatsgrenz-Juniata-" jetzt die „Wilmington-Philadelphia-Baltimorer Eisenbahn-Gesellschaft" zum Bane und Betriebe ihrer Bahn in Maryland zu ermächtigen; Hr. Billingsley: die „Charlotte-Hall-Schule" zu unterstützen; für das Staatslehrer-Seminar (Normalschule) ein passendes Gebäude aufführen zu lassen.

Das Unterhaus übersandte

eine Botschaft mit dem Vorschlage, daß die Pensions-Ausschüsse beider Häuser als gemeinschaftliches Comite fungiren; ferner auf Verlangen die eine Staats-Commission für Bilation öffentlicher Besserungs- und Wohlthätigkeits-Anstalten einsetzende Senatsbill, sowie mehrere Unterhausbills, welche zum ersten Male gelesen und den zuständigen Comite'n zum Referate überwiesen wurden.

Die erste Lesung erhielten

nachstehende von Comite'n günstig einberichtete Senatsbills: für den Gottesacker der Konfoderirten auf Point Lookout eine Summe zu bewilligen; die Vorsteher der „Universität von Maryland" zum Verkaufe ihres Stuck-Grundstückes auf der Ecke der Green- und Lombardstraße und zum Baue eines Spitals auf der anderen Ecke genannter Straßen zu ermächtigen; Andrew Hamilton und J. Weatherby & Söhne für an dem Staats-Lehrer-Seminare gethane Arbeit und demselben geleferte Materialien Zahlung zu leisten; das Direktorium der Maryländer Blinden-Anstalt zum Errichten von Werkstätten und eines Lokales für den Verkauf der Fabrikate ihrer Zöglinge zu ermächtigen; die Quäker zum Verkaufe von Grundeigenthum in Ost-Baltimore zu ermächtigen; den Freibrief der „Worcesterer Eisenbahn-Gesellschaft" zu amendiren; einen Kassirer für Anne Arundel County anzustellen.

Ein Hospital für's medico-chirurgische College in Baltimore.

Das Finanz-Comite begleitete die Senatsbill für Errichtung des Spitals mit ungünstigem Referate, das angenommen wurde. Man zog jedoch, da angekündigt wurde, Dr. Byrd und andere Aerzte Baltimore's würden Donnerstag Abend vor dem Comite erscheinen, um die Zwecke der Nothwendigkeit eines solchen Spitals auseinander zu setzen, obiges Votum wieder in Erwägung und wies die Bill an's Comite zurück.

Die Errichtung einer Diktations-Behörde für öffentliche Besserungs- und Wohlthätigkeits-Anstalten.

Auf Hrn. Walsh's Antrag wurde die Abstimmung, durch welche die obige Maßregel verfügende Bill Annahme gefunden, auf's Neue in Erwägung gezogen, und die weitere Unbetrachtnahme des Gesetzvorschlages bis Donnerstag Mittag zurückgelegt.

Die Polizeibills beider Häuser

verwies der Senat an ein aus den Baltimorer Senatoren bestehendes besonderes Comite zu erneuter Berichterstattung zurück.

Die Baltimorer Stadtbahn-Angelegenheit,

resp. die von Hrn. Stevens beantragte, auf der heutigen Tagesordnung stehende Verfügung, den Comite-Bericht über den Gegenstand, sowie alle darauf noch einzugehenden Denkschriften und Bills einem aus den Baltimorer Senatoren bestehenden Comite unter Vorsitz Hrn. Denson's zuzuweisen, wurde wegen Krankheit und Abwesenheit des Senators Blake, der den Comite-Bericht erstattet hatte, bis morgen zurückgelegt.

Zweite Lesung von Bills.

Die Senatsbills: das allgemeine Staatsgesetz über Veröffentlichung der County-Ausgaben, soweit es sich auf Caroline-County bezieht, zu widerrufen; den Sekretär der Commissäre von Somerset-County zur Eidabnahme in gewissen Fällen zu ermächtigen; der Bundesregierung in gewissen Fällen über Ländereien in Maryland, auf denen Leuchthäuser, Thürmer u. s. w. errichtet werden sollen, die Gerichtsbarkeit abzutreten; das Testaments-Gesetz abzuändern; die Beisätze des katholischen Erzbischofs und seiner Nachfolger in Baltimore zu erweitern; den Freibrief der „Bordener Bergbau-Compagnie" zu verlängern,

mit 84 gegen 28 Stimmen verwarf.

Hr. Stewart beantragte, das Votum wieder in Berathung zu ziehen; Hr. Henkle beantragte, Stewart's Antrag auf den Tisch zu legen. In diesem allgemeinen Tumulte vertagte sich auf Antrag des Hrn. Freaner das Haus.

Annapolis, den 18. Febr.

Senat.

Petitionen und Denkschriften

legten vor: Hr. Davis von 252 Bürgern von Baltimore-County um ein Local Option- und Entschädigungs-Gesetz; ferner von Wm. H. Brown und 26 Anderen u. in ditto; Hr. Denson vom Präsidenten und den Beamten des „Allgemeinen Deutschen Waisenhauses" um eine Verwilligung aus der Staatskasse; Hr. Stevens von Baltimorer Barbier-Prinzipälen und Gehülfen um Widerruf des Offenhalten der Barbierstuben am Sonntage gestattenden Gesetzes (dem Gesuche waren die Schlüsse der am Sonntage im Hetderich'schen Lokale gehaltenen Barbier-Versammlung beigelegt); Hr. Steiner von Heinrich Becker und 75 anderen Fredrickern um Nöthigung der „Liberty-Pipe-Creeker Chausee-Gesellschaft" zur Entfernung des Schlagbaumes in Johnsville; Hr. Lloyd von den Vorstehern der „Heimath der Freundlosen" auf dem Ostufer in Talbot-County um Unterstützung; Hr. Billingsley von dem Direktorium des Lehrer-Seminars in Baltimore um Fordbauer des Jahres-Zuschusses für die Heranbildung farbiger Lehrkräfte; Hr. Tuck vom Alumnen-Comite des St. Johns-College in Annapolis um Unterstützung der Anstalt; von Keziah Hutchinson um Pension; Hr. Claggett von 63 Bürgern von Washington-County um Herstellung von Fischleitern und Fischgängen zum Aufsteigen der Fische in den Potomac.

Eingebrachte Gesetzvorschläge.

Hr. Steiner: das 1870er Registrir-Gesetz zu widerrufen und ein neues zu erlassen; Hr. Tuck: bei gerichtlichen Beschlagnahme- und Pfändungs-Erlassen Beschlagnahme- und Pfändungs-Erlassen Bestimmungen zu treffen, zu bestimmen, daß Eigenthum heimlich fortschaffen oder veräußern, zu bestrafen; der Schwiegerlei, Schulden verheirathender Frauen einzutreiben, durch ein Gesetz abzuhelfen; das Gesetz über Vorladung von Verklagten in Civil-Prozessen abzuändern.

Die Potomac-Fischerei.

Der Senat sandte an's Unterhaus eine Botschaft mit dem Vorschlage der Einsetzung eines aus 2 Senatoren und 3 Unterhaus-Abgeordneten bestehenden Comite's, das mit dem Gouverneur von Virginien über die Potomac-Fischerei conferiren soll. Zu Comite-Mitgliedern Seitens des Senats ernannte man die HH. Aydelotte und Earle.

Pensionen.

Der Senat ließ das Unterhaus von seiner Zustimmung zu dessen Vorschlage gemeinschaftlicher Berathung der Pensions-Comite'n beider Häuser benachrichtigen.

Die Pensionsbill wurde für Dienstag zur besonderen Tagesordnung gemacht.

Erste Lesung von Gesetzvorschlägen.

Die Senatsbills: den Freibrief der Vorsteher des Schulfonds der Baltimorer Jahres-Conferenz zu ändern; Wilhelm Knabe & Co. für einen von vier mehreren Jahren gelieferten Filigel endlich zu bezahlen.

Zur zweiten Lesung

gelangten nachstehende Senatsbills: das die „Worcesterer Eisenbahn-Gesellschaft" incorporirende Gesetz zu ergänzen; zur Ausführung feuersicher Gewölbe im Büreau des Registrators zu Easton in Baltimore-County und zur Erhebung von Steuern zu diesem Zwecke Ermächtigung zu ertheilen; den Quäkern den Verkauf von Grundeigenthum in Ost-Baltimore zu gestatten.

Angenommen.

Auf Hrn. Aydelotte's Antrag suspendirte man die Geschäftsordnung und passirte die Bill zur Amendirung des Freibriefes der „Worcesterer Eisenbahn-Gesellschaft" mit 21 gegen 0 Stimme.

Das Veto des Gouverneurs gegen die Bill über Auktionatoren in Baltimore-County aufrecht erhalten.

Vom Gouverneur langte nachstehende Botschaft an: „Staat Maryland, Exekutiv-Departement, Annapolis, den 17. Februar 1874